

NIEDERSCHRIFT

Sitzung des Sozial-, Senioren- und Gleichstellungsausschusses 16/2008-2013

Sitzungstermin: Donnerstag, 17.11.2011
Sitzungsbeginn: 18:30 Uhr
Sitzungsende: 20:00 Uhr
Sitzungsort: Sitzungsraum 1.22 des Rathauses

Anwesend:

Vorsitz

Herr Kai Schmidt - SPD

Mitglieder

Herr Gerrit Biehl - CDU

Frau Manuela Bock - WHU

Frau Elisabeth von Bressensdorf - CDU

Frau Doris Dosdahl - WHU

Vertretung für: Frau Karp, Bärbel

Herr Rudi Hennecke - SPD

Frau Bettina Klemm - WHU

Vertretung für: Herrn Schöpf, Peter

Herr Uwe Köhlmann-Thater - WHU

Vertretung für: Frau Köster, Dorothee

Herr Volker Mittelstaedt - CDU

Frau Margitta Neumann - CDU

Frau Roswitha Ramcke - SPD

Gäste

Frau Margot Hillebrenner - Schulleiterin Olzeborchschule

Frau Claudia Rückert - Rektorin GMS Rhen

Herr Bodo Hassler - Landesverein für Innere Mission

Frau Nadine Burmeister - ATS

Verwaltung

Herr Torsten Thormählen - Bürgermeister

Frau Anja Riemer - Soziales, Bildung, Jugend und Freizeit

Frau Annegret Horn - Gleichstellungsbeauftragte

Herr Lars Möller - Bildung und Freizeit

Protokollführer

Abwesend:

Mitglieder

Frau Bärbel Karp - WHU

fehlt entschuldigt

Frau Dorothee Köster - WHU

fehlt entschuldigt

Herr Peter Schöpf - WHU

fehlt entschuldigt

Frau Bärbel Heyn - FDP

fehlt unentschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung und Festsetzung der Tagesordnung
2. Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner
3. Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung am 15.09.2011
4. ATS Suchtberatung - Schul- und Krisensprechstunden an den beiden Gemeinschaftsschulen - Gäste Frau Burmeister von der ATS, Frau Hillebrenner von der Olzeborchschule und Frau Rückert und Herr Lagemann von der Gemeinschaftsschule Rhen
5. ATS Suchtberatung - Finanzierungsvertrag Suchtprävention in Henstedt-Ulzburg - Gast Herr Hassler vom Landesverein für Innere Mission in Schleswig-Holstein
6. Mehrgenerationenhaus - Planungsstand
7. Bericht der Gleichstellungsbeauftragten
8. Haushaltsvoranschläge 2012 für das Sachgebiet Soziales und die Gleichstellungsstelle
9. Sozialbericht 2010
10. Unterrichtungen / Anfragen
11. Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner

Protokoll:

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung der Sitzung und Festsetzung der Tagesordnung

Herr Schmidt begrüßt die Ausschussmitglieder und die Gäste. Er berichtet über die Begehung der Schlichtwohnungen in der Lindenstraße. Die vorgefundenen, geringfügigen Mängel werden kurzfristig beseitigt. Nach der kalten Jahreszeit werde noch mal eine Besichtigung der Räumlichkeiten erfolgen.

Über die vorliegende Tagesordnung besteht unter den Ausschussmitgliedern Einvernehmen.

zu 2 Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern werden nicht gestellt.

zu 3 Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung am 15.09.2011

Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung am 15.09.2011 werden nicht erhoben. Sie gilt damit als genehmigt.

zu 4 ATS Suchtberatung - Schul- und Krisensprechstunden an den beiden Gemeinschaftsschulen - Gäste Frau Burmeister von der ATS, Frau Hillebrenner von der Olzeborchschule und Frau Rückert und Herr Lagemann von der Gemeinschaftsschule Rhen

Bürgermeister Thormählen erläutert die Beratungsvorlage und weist darauf hin, dass nicht das Thema Schulsozialpädagogik im Vordergrund der Diskussion stehe, sondern die Schul- und Krisensprechstunde der ATS. Er bittet Frau Hillebrenner, den Bedarf der Olzeborchschule an einer Krisensprechstunde und die eingangs verteilte Liste über die Einstufung von Schülern/innen mit Störungen zu erläutern.

Frau Hillebrenner verdeutlicht die Ziele einer aus ihrer Sicht notwendigen pädagogischen Unterstützung an der Schule. Neben der Prävention sei auch das Auffangen von Kindern mit entsprechendem Bedarf erforderlich. Zurzeit seien drei Kinder an der Schule gemeldet, die dem Unterricht fernbleiben. Diese müssen in der vorliegenden Liste noch nacherfasst werden.

Frau Hillebrenner teilt mit, die Ursache für die Probleme läge oftmals im Elternhaus. In der Pubertät breche das Problem häufig aus. Die Schule stehe in regelmäßigem Kontakt zur Polizei, eine Kollegin der hiesigen Polizeistation habe über den Unterricht Kontakt zu den Schülern/innen.

Auf Anfrage von Herrn Schmidt erklärt Frau Hillebrenner, eine Krisensprechstunde sei derzeit nicht vorrangig erforderlich, da Schüler/innen hierbei nicht reflektieren könnten und die Krisensprechstunde ein freiwilliges Angebot sei, auf das die Schüler/innen zugehen müssten. Viele Schüler/innen erkennen das Problem oftmals gar nicht. Zudem benötigen die Kinder überwiegend eine sofortige Hilfe, eine wöchentlich einmalige Krisensprechstunde löse das Problem nicht. Für die Schule liege daher eine höhere Priorität auf der Stärkung der Schulsozialpädagogik.

Herr Schmidt bittet nunmehr Frau Rückert, den Bedarf der Gemeinschaftsschule Rhen an einer Krisensprechstunde zu erläutern. Frau Rückert würde das Angebot einer Krisensprechstunde an der Gemeinschaftsschule Rhen gern in Anspruch nehmen. An anderen Schulen, z.B. an der Regionalschule Garstedt und an der Gemeinschaftsschule Sülfeld, sei das Angebot einer Krisensprechstunde gut angenommen worden. Insbesondere für die Eltern sei ein geschützter Rahmen wichtig. Eine wöchentliche Sprechstunde sei wünschenswert. Auf Nachfrage von Frau Bock ergänzt Frau Burmeister, das Alstergymnasium überlege, die Sprechstunde künftig auch am Nachmittag anzubieten.

Herr Schmidt bittet die Verwaltung, die voraussichtlichen Kosten bei wöchentlicher Sprechstunde an der Gemeinschaftsschule Rhen zu ermitteln und einen entsprechenden Beschlussvorschlag für die nächste Sitzung des Ausschusses vorzubereiten. Die Ausschussmitglieder stimmen dieser Vorgehensweise einvernehmlich zu.

zu 5 ATS Suchtberatung - Finanzierungsvertrag Suchtprävention in Henstedt-Ulzburg - Gast Herr Hassler vom Landesverein für Innere Mission in Schleswig-Holstein

Bürgermeister Thormählen erläutert die Vorlage. Der Vertrag sei mit der ATS abgestimmt, so dass beide Seiten Planungssicherheit erhalten.

Frau von Bressensdorf meldet für ihre Fraktion Beratungsbedarf an. Ein Gesprächstermin der Fraktion mit Herrn Dr. Tecklenburg sei mehrfach nicht zustande gekommen. Herr Schmidt verweist den Tagesordnungspunkt zurück in die Fraktionen.

zu 6 Mehrgenerationenhaus - Planungsstand

Herr Schmidt erläutert die Vorlage. Er teilt mit, es habe vor kurzem ein Gespräch zwischen ihm, dem Bürgermeister, Frau Riemer, Frau Samel und Herrn Gurr zum Planungsstand stattgefunden. Der Erbbaurechtsvertrag sei mittlerweile abgeschlossen worden. Bürgermeister Thormählen ergänzt, die Errichtung des Mehrgenerationenhauses mache mittlerweile Fortschritte, der angestrebte Zeitplan werde voraussichtlich eingehalten.

Herr Schmidt schildert den Unmut seiner Fraktion über den bisherigen Projektverlauf. Sollte das Familienzentrum aus der Trägerschaft ausscheiden, hätte dies voraussichtlich Auswirkungen auf laufende Verträge. Für diesen Fall müsse es eine Handlungsalternative geben. Er betont ausdrücklich, es gehe nicht darum, das Familienzentrum aus dem Projekt herauszulösen. Er stellt nachfolgenden Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen die Verträge mit dem Familienzentrum gekündigt werden könnten bzw. ein Rücktritt von den Verträgen möglich ist und welche Handlungsalternativen in diesen Fällen bestehen.

Beschlussfassung:

9 Stimmen dafür (CDU-Fraktion, SPD-Fraktion, 2 Mitglieder der WHU-Fraktion)

2 Enthaltungen (2 Mitglieder der WHU-Fraktion)

keine Gegenstimme

zu 7 Bericht der Gleichstellungsbeauftragten

Frau Horn erläutert den beigefügten Bericht. Sie verweist insbesondere auf die Probleme von Leistungsempfängern nach dem SGB II / XII bei der Suche nach bezahlbarem Wohnraum. Bürgermeister Thormählen teilt hierzu mit, die Verwaltung habe für den Haushalt 2012 finanzielle Mittel für ein Wohnraumkonzept eingeworben. Aufgrund der von Frau Horn angesprochenen hohen Arbeitsintensität im Hause bittet Herr Schmidt darum, die zeitliche Problematik in künftigen Berichten näher zu erläutern, insbesondere in Bezug auf Tätigkeiten, die aus Zeitgründen zurückgestellt werden mussten.

zu 8 Haushaltsvoranschläge 2012 für das Sachgebiet Soziales und die Gleichstellungsstelle

Nach Durchsicht der der Vorlage beigefügten Haushaltstabellen besteht Einvernehmen, die

Voranschläge für den Haushalt 2012 dem Finanz- und Wirtschaftsausschuss unverändert vorzulegen.

zu 9 Sozialbericht 2010

Bürgermeister Thormählen erläutert den Bericht. Frau Horn merkt an, dass die Anzahl der gestellten Anträge nach wie vor nicht im Bericht dargestellt seien. *Zu Protokoll wird mitgeteilt, dass die Zahlen zur nächsten Sitzung nachgereicht werden.*

Des Weiteren werden zu Protokoll folgende Änderungen mitgeteilt:

1. *Seite 3 – Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz:
Mietzuschuss 2010: 131 statt 191 Empfänger/innen*
2. *Seite 4 – Schlichtwohnungen:
Untergebrachte Personen 2010: 42 anstatt 52 Personen*

zu 10 Unterrichtungen / Anfragen

Bürgermeister Thormählen unterrichtet zum aktuellen Stand der Verwaltung zum Thema Behindertenrechtskonvention und teilt mit, der Landesbehindertenbeauftragte habe angeboten, an der nächsten Sitzung teilzunehmen, um über das Thema zu informieren. Hiermit sind alle Ausschussmitglieder einverstanden.

Er teilt weiter mit, im Bereich der Unterkünfte Heideweg 8 werden zusätzliche Schlichtwohnungen benötigt. Von einem Grundstückverkauf rate er auch wegen des zu erwartenden geringen Verkaufserlöses ab.

Bürgermeister Thormählen unterrichtet des Weiteren über das geplante Sozialkaufhaus. Dieses werde frühestens Anfang 2012 seinen Betrieb aufnehmen.

Frau Bock fragt, ob sich die Kommune bei einem Wechsel der Pflegestufe an der finanziellen Mehrbelastung der Bedürftigen beteiligt. *Zu Protokoll wird mitgeteilt, dass die Entscheidung über eine finanzielle Beteiligung an den Kosten der Hilfe zur Pflege nach dem Sozialgesetzbuch XII eine Sozialhilfeentscheidung ist, die vom Kreis Segeberg getroffen wird und sich nach den Einkommens- und Vermögensverhältnissen der pflegebedürftigen Personen richtet. Wer vor dem Wechsel der Pflegestufe hilfebedürftig war, kann in der Regel auch nach einer Erhöhung der Pflegestufe damit rechnen, dass die nicht aus eigenen finanziellen Mitteln gedeckten Pflegekosten durch den Sozialhilfeträger übernommen werden. Da derjenige Kostenträger für die Hilfestellung zuständig ist, in dessen Bereich die pflegebedürftige Person vor Aufnahme in ein Pflegeheim wohnhaft war, sind dem Kreis Segeberg zahlreiche in Henstedt-Ulzburg lebende Personen überhaupt nicht bekannt.*

zu 11 Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern werden nicht gestellt.

.....
Ausschussvorsitzende/r
Kai Schmidt

.....
Protokollführer/in
Lars Möller

gesehen:
Bürgermeister
Thormählen